

Dagmar Mensink

Einen Königsweg gibt es nicht

Über das Verhältnis von Kirche, Macht und Geld

Eine Kirche, gebastelt aus bunten, vor allem 200- und 500-Euro-Scheinen. Daneben die Zeile: »Kirchen schwimmen im Geld.« Dieser Leitartikel auf der Titelseite der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 5. Oktober 2014 sprang ins Auge. Allein die katholische Kirche könne in diesem Jahr mit zusätzlichen 250 Millionen Euro Kirchensteuereinnahmen rechnen, so der Text. Auch die evangelische Kirche dürfe 2014 einen kräftigen Zuwachs von gut 200 Millionen Euro gegenüber 2013 erwarten. Zusammen kämen beide Kirchen damit für 2014 auf ein Budget von knapp elf Milliarden Euro.

Die Botschaft, die damit gesetzt werden soll, ist klar: Die Kirchen sind reich. Zu reich für eine Institution, die das Reich Gottes im Blick haben sollte und nicht den materiellen Gewinn, zu reich für eine Organisation, der viele Mitglieder den Rücken kehren. Da hilft auch der Hinweis nicht, dass sich Kirchenverantwortliche in Deutschland über den prognostizierten Geldsegen nur begrenzt freuen, weil sie wissen, dass ihnen mit den Pensionslasten, dem demografischen Wandel und der abnehmenden Kirchenbindung in den jüngeren Generationen ganz andere Zeiten bevorstehen. Der Zweifel, dass da in den Kirchen eine Diskrepanz herrscht zwischen Anspruch und Wirklichkeit, bleibt.

Zugegeben, die beiden großen Kirchen haben in den letzten Jahren viel Stoff für Kritik geliefert. Intransparente Strukturen und mafiöse Geschäfte, die in der Bank des Vatikans durch »Vatileaks« ans Tageslicht kamen, nährten den Ruf eines korrupten Finanzgebarens in der römischen Zentrale, dem der Papst entweder nichts entgegenzusetzen konnte oder wollte. In Deutschland beschäftigte über Wochen der Bischof eines

kleinen Bistums die Medien, der an allen Kontrollinstanzen vorbei mithilfe einer Gruppe von Eingeschworenen eine mehr als 30 Millionen-Euro-Residenz bauen ließ. Auch misslungene Anlagegeschäfte in der Bayerischen und in der Rheinischen Landeskirche machten keine Werbung für den Umgang mit anvertrautem Geld.

Diese Fälle verstärken die Stimmen derjenigen, die die deutsche Kirchenfinanzierung generell in Frage stellen. Sie fordern vor allem die Ablösung der »Staatsleistungen«, also all jener finanziellen Zuwendungen, die den Kirchen als Ausgleich für die Enteignungen im Zuge der Säkularisierungen von Kircheneigentum nach dem Reichsdeputationshauptschluss von 1803 vertraglich zugesprochen wurden. Zunehmend wird aber auch der Kirchensteuereinzug durch den Staat kritisiert, der den Kirchen eben jene eingangs erwähnte verlässliche hohe finanzielle Basis verschafft. Im Zuge der Diskussion um den so genannten »Dritten Weg« im kirchlichen Arbeitsrecht empören sich seine Gegner mit wachsender Medienunterstützung darüber, dass »der Staat« und »die Steuerzahler« kirchliche Einrichtungen finanzierten, obwohl dort zum Beispiel eine Muslima abgelehnt oder ihr verboten werde, ein Kopftuch zu tragen.

Mit Recht werden solcher Kritik gewichtige Argumente entgegen gehalten. Zum Beispiel, dass die Staatsleistungen an die Kirchen kein Abtragen eines Kredits sind, sondern die Übernahme von Verpflichtungen, die nach dem Wechsel in Staatsbesitz vertraglich auf den neuen Besitzer übergegangen sind. Oder man weist nachdrücklich darauf hin, dass der Kirchensteuereinzug – also das Eintreiben des Mitgliedsbeitrags durch den Staat – nicht

ein Privileg der Kirchen ist, sondern allen Körperschaften des öffentlichen Rechts zusteht und dass der Staat für diese Dienstleistung gewinnbringend entschädigt wird. Angesichts der öffentlichen Debatte um den Dritten Weg wird die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips hervorgehoben, wonach ein kirchlicher Kindergarten oder ein kirchliches Krankenhaus zur Vielfalt der Angebote in unserem Lande beiträgt und Leistungen erbringt, die ansonsten der Staat allein finanzieren müsste – das heißt, dass die Rechnung genau umgekehrt richtig ist: Nicht der Staat finanziert die kirchlichen Einrichtungen, sondern die Gläubigen tragen in erheblichem Maße mit ihren Kirchensteuern zur sozialen Infrastruktur unseres Landes bei.

Doch dies alles überzeugt immer weniger. Warum? Weil es bei der Frage nach Kirche und Geld längst um anderes und mehr geht als um Geld. Es geht darum, welche Rolle den Kirchen in einer im Streit über Religion veränderten Gesellschaft zukommen soll, die ihre Identität neu bestimmt. Zugleich geht es aber auch um Vertrauen in die Strukturen und die Führungspersönlichkeiten der Kirche selbst und um die Glaubwürdigkeit der Institution.

Es ist natürlich hypothetisch, aber das überzeugene Bauprojekt in Limburg allein hätte wohl nicht für die monatelange Aufmerksamkeit, für die kircheninterne Untersuchung und schließlich den erzwungenen Rücktritt des Bischofs ausgereicht. Mindestens ebenso ausschlaggebend waren die offenkundige Lüge von Franz-Peter Tebartz-van Elst hinsichtlich eines Fluges nach Indien Erster Klasse und der rigide Umgang mit kirchlichen MitarbeiterInnen, die schließlich zu einem irreversiblen Vertrauensverlust in der Diözese führten.

Auch in der Kirche gilt also: Das Amt allein reicht nicht mehr aus, um den Träger zu legitimieren. Die persönliche Integrität des Amtsträgers muss hinzukommen. Das ist ein Umstand, dem die Evangelische Kir-

che in Deutschland schon schmerzlich mit dem Rücktritt von Margot Käßmann vom Ratsvorsitz der EKD und von ihrem Bischofsamt nach einer Fahrt unter Alkoholeinfluss Tribut gezollt hat. Für die Katholische Kirche (und aus anderen Entwicklungslinien heraus auch für die Orthodoxie) ist das insofern gravierend, als dass dadurch genau die Grundstruktur in Frage gestellt wird, die sich im 19. Jahrhundert, verbunden mit dem Jurisdiktionsprimat des Papstes, entwickelt hat und die bis heute fortwirkt: das Leitbild einer hierarchisch verfassten Klerikerkirche, in der kirchliche Amtsträger qua Ordination mit einem sakralen Charisma ausgestattet werden. Das verleiht ihnen eine besondere Dignität und Autorität bis hin zum Anspruch auf Glaubensgehorsam, den die Gläubigen dem Apostolischen Stuhl, dem Ortsbischof oder dem Oberen schulden, wie es etwa Canon 1371 des sogenannten *Codex Juris Canonici* unter Strafandrohung fordert.

Wie problematisch, ja gefährlich eine Überhöhung dieser sakralen Macht ist, hat sich bei der Aufklärung der Fälle sexuellen Missbrauchs gezeigt. Gerade die Vorstellung, dass der Priester »heilig« ist, hat oftmals verhindert, dass den Opfern Glauben geschenkt wurde. Das ist der »katholische Geschmack« sexuellen Missbrauchs, wie ihn Klaus Mertes, der ehemalige Rektor des Berliner Canisius-Kollegs, in seinem Buch *Verlorenes Vertrauen. Katholisch sein in der Krise* beschrieben hat. »In den Berichten der Opfer kommt er mir entgegen, wenn etwa Eltern ihren Kindern, die versuchen zu sprechen, antworten: ›So redet man nicht über einen Priester.«

Mag die katholische Kirche hier besonders im Fokus stehen, die Spannungen zwischen kirchlichen Lehren und Strukturen auf der einen Seite und den Vorstellungen einer pluralen und globalisierten Gesellschaft auf der anderen spüren beide großen Kirchen in Deutschland. Die Evan-

Die Grundstruktur wird in Frage gestellt

gelische Kirche hat sie gerade heftig in der Diskussion um ihr Familienpapier *Zwischen Autonomie und Angewiesenheit* erfahren.

Wenn die Kirchen Glaubwürdigkeit und verlorenes Vertrauen zurückgewinnen wollen, müssen sie eine überzeugende Verbindung zwischen Dogma und moderner Gesellschaft finden. Dazu gehört auch eine ehrliche Auseinandersetzung mit Machtfragen einschließlich des Ausartierens der Machtbalance innerhalb der Kirche – vor allem zwischen Klerikern und Laien sowie zwischen Männern und Frauen. Die Kirche ist keine Sonderwelt (mehr). Vielmehr spiegeln sich »die soziale Komplexität der modernen Gesellschaft und die Pluralität der Orientierungen (...) auch innerhalb des kirchlichen Zusammenhangs wider« (Franz-Xaver Kaufmann) und die Gläubigen stellen bestimmte Normen und Strukturen von innen her in Frage. Das belegt eindrucksvoll auch die jüngste Mitgliedschaftsstudie der Evangelischen Kirche (*Engagement und Indifferenz. Kirchenmitgliedschaft als soziale Praxis*).

Diese Einsicht wird endlich auch in der katholischen Kirche offen ausgesprochen. So wertete der neue Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Reinhard Kardinal Marx, die jüngsten Austrittszahlen auch als Ergebnis einer »neuen Freiheit, die eine Pluralisierung zur Folge hat«, und er fügte hinzu: »(D)as ist nicht von vornherein nur negativ ... Wenn ich Freiheit will, muss ich verschiedene Lebenswege akzeptieren und bunte Biografien.« (Die Welt, 26.9.2014) Das sind neue Töne. Möglich wurden sie durch den Wechsel im Papstamt. Papst Franziskus predigt gegen Verkrustungen in der Kirche und hat im Vorfeld der Vatikanischen Bischofssynode über Ehe und Familie sogar die Kirchen-

basis mittels eines Fragebogens nach ihrer Einstellung zu Ehe und Sexualmoral befragt, was »zu einer bisher unbekanntem Nervosität« geführt hat, wie der Kurienkenner Paul Kreiner am 4. Oktober im Tagesspiegel bemerkte.

Gleichwohl: Einen Königsweg für die Zukunft gibt es nicht. Im Gegenteil. »Für Europa ist es eine weithin offene Frage, ob und wie es den Kirchen – und hier sind die ehemaligen evangelischen Landeskirchentümer mit gemeint – gelingen kann, erneut in ein besseres Wechselverhältnis zur Lebenswelt ihrer Mitglieder zu gelangen und missionarische Glaubwürdigkeit zu entfalten« (Kaufmann). Klar ist nur: Die Aufgabe geht über ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement hinaus. Die Kirchen müssen ihre zentrale Glaubensbotschaft vom Gekreuzigten und Auferstandenen in einer Gesellschaft plausibel machen, die weitgehend »etsi Deus non daretur« (als wenn es Gott nicht gäbe) funktioniert.

Das wird nur gelingen, wenn auch die Bedingungen stimmen. Die Ansprüche an die Kirchen sind vielfältig. Gläubige verlangen mehr Transparenz und Mitbestimmungsrechte. Amtsträger müssen sich zugleich als effiziente Manager und als Träger sakraler Autorität bewähren. Die Organisation Kirche soll einerseits hoch professionell arbeiten (einschließlich eines adäquaten tariflichen Lohns für die kirchlichen Angestellten), auf der anderen Seite soll sie der Bergpredigt folgen und am besten mit geringen Mitteln auskommen.

Gleichwohl haben Christen keinen Grund, vor der Aufgabe zurückzuschrecken. Politik tut deshalb gut daran, weiter mit Menschen zu rechnen, die auf die biblische Botschaft setzen und als Partner für mehr Gerechtigkeit und Frieden gewonnen werden können.



Dagmar Mensink
ist katholische Theologin.

dmensink@t-online.de